

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Rede von  
Herrn Wirtschaftsminister  
Ernst Pfister MdL

„Aktuelle Energiepolitik für Baden-Württemberg“

bei der Leitveranstaltung der EnBW  
– die neue Sanierungsoffensive für  
Bestandsgebäude –

am 9. Oktober 2009  
in Stuttgart

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir sicher noch nicht überwunden, aber seit 14 Tagen sehe ich im Bereich der Energiepolitik gute Chancen für positive Entwicklungen.

Chancen, die auch ein wichtiger Baustein für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in unserem Land sein können.

Für ein Land wie Baden-Württemberg mit seiner stark industriell geprägten Wirtschaftsstruktur ist eine vernünftige Energiepolitik das „A und O“.

Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag bieten uns die Chance, die Forderung nach einer

- wirtschaftlichen,
- nach einer sicheren und einer
- umweltverträglichen

Energieversorgung für unser Land besser als bisher umsetzen zu können.

Vor allem der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit wurde bei der Zielerreichung zu stark vernachlässigt – und zwar von „rot-grün“ wie auch von „rot-schwarz“ auf Bundesebene.

Wir in Baden-Württemberg haben dagegen schon im Energiekonzept 2020 einen ausgewogenen und diversifizierten Energiemix gefordert.

Ein Energiemix kann zum Ausgleich der immer volatileren Preisentwicklungen bei einzelnen Energieträgern beitragen.

Ein Energiemix kann außerdem Versorgungsstörungen bei einzelnen Lieferanten oder Energieträgern abpuffern oder kompensieren.

Ein diversifizierter Energiemix ermöglicht es auch, durch entsprechende Kombination der einzelnen Energieträger die ökologischen Ziele effizient und wirtschaftlich zu erreichen.

Diese ausgleichende Wirkung ist letztlich genau das, was wir angesichts der Erfahrungen der letzten Monate und Jahre dringend brauchen.

Meine Damen und Herren,

Sie erinnern sich sicher, dass wir uns im Jahr 2005 Sorgen über einen Ölpreis von 40-50 Dollar pro Fass machten.

Mitte letzten Jahres waren wir dann bei 150 Dollar pro Barrel angelangt und alle erwarteten eine weitere Steigerung in Richtung 200 Dollar.

Den anschließenden Rückgang der Preise auf 60-70 Dollar haben zahlreiche Kommentatoren als Preisverfall bezeichnet.

Dieser Entwicklung sind zwar die meisten Energiepreise gefolgt – allerdings unterschiedlich stark.

Wer also in der Hochpreisphase etwa auf erneuerbare Energieträger ausweichen konnte, war in einer glücklichen Lage.

Desgleichen – und in noch stärkerem Ausmaß – war derjenige fein heraus, wer Kernenergie zur Energieversorgung einsetzen konnte.

Wie wichtig Diversifizierung für die Versorgungssicherheit ist, haben wir auch beim Ausbleiben der Gaslieferungen aus Russland und der Ukraine zu spüren bekommen.

Deutschland konnte erfreulicherweise sowohl über unterschiedliche Lieferanten und Lieferwege als auch über einigermaßen gefüllte Lagerreserven für Gas verfügen.

Bei uns musste also im letzten Winter niemand frieren - unsere Gasversorger waren im Gegenteil sogar in der glücklichen Lage, aufgrund vorhandener Reserven anderen europäischen Partnerländern solidarisch aushelfen zu können.

All das zeigt deutlich:

Eine optimale Energieversorgung ist nur mit einem diversifizierten Energiemix möglich.

Dabei können und dürfen wir auf keinen einzigen der heute zur Verfügung stehenden Energieträger verzichten.

Das gilt für die Kernkraftwerke (Stichwort Laufzeitverlängerung) wie für den Neubau dringend benötigter fossiler Ersatzkraftwerke aber selbstverständlich auch für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieträger.

Flankierend dazu müssen natürlich die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen Hauptpunkte der künftigen Energiepolitik darstellen.

Mir macht vor allem die Entwicklung der Versorgungssicherheit speziell beim Strom große Sorgen.

Es ist seit längerer Zeit bekannt, dass wir auf eine Stromlücke zusteuern, wenn keine energiepolitischen Korrekturen vorgenommen werden.

Hieran ändern auch verschiedene Publikationen nichts, die kurz vor der Wahl im Auftrag von Bundesumweltminister Gabriel lanciert worden sind.

Aufgrund des zumindest bislang bestehenden Ausstiegsbeschlusses müssten wir alle Kernkraftwerke bis 2021 abschalten.

Zusätzlich müssen zahlreiche alte und nicht mehr effiziente fossile Kraftwerke vom Netz, die das Ende ihrer technischen Laufzeit erreichen.

Als Ergebnis würden wir allein in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 mit einer Stromversorgungslücke von fast 7.500 Megawatt konfrontiert.

Um es klar zu sagen:

Hier sprechen wir über **zwei Drittel** der heute im Land installierten Leistung!

Das müsste erst einmal ausgeglichen werden.

Und da reicht es ja bei weitem nicht aus, festzustellen, dass Deutschland auch dann noch Strom exportiert hat, als mehrere Kernkraftwerke im Sommer nicht am Netz waren.

Stromversorgungssicherheit ist ja nur dann gewährleistet, wenn zur Zeit der Jahreshöchstlast eine sichere Bedarfsdeckung möglich ist - auch wenn gerade kein Wind weht und die Sonne nicht scheint.

Wenn wir die nachgefragten Leistungsspitzen nicht decken können, ist nicht nur die Stromversorgung in Frage gestellt, sondern auch möglicherweise die Stabilität des Stromnetzes.

Mit anderen Worten:

Es würde möglicherweise nicht nur kein Strom in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, sondern es könnte auch zu Netzzusammenbrüchen kommen.

Ich gehe hier auch nicht davon aus, dass wir den Ausgleich bis 2020 mit Stromsparen erreichen könnten.

Gerade wenn man heute zum Beispiel Elektromobilität propagiert, kann man nicht erwarten, dass der Stromverbrauch sinkt.

Ich bin daher nach wie vor der Überzeugung, dass wir die Stromversorgungssicherheit in absehbarer Zeit nicht allein mit erneuerbaren Energieträgern oder Stromimporten gewährleisten können.

Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern einerseits klar machen, aber andererseits hat das Ergebnis der Bundestagswahl schon einen Hinweis dafür gegeben, dass die Mehrheit der Bevölkerung zunehmend dazu bereit ist, über diese Zusammenhänge nachzudenken.

Die Bürgerinnen und Bürger zollen in ihrer Gesamtheit sicher nicht blindlings den einseitigen und ideologiegeprägten Scheinlösungen Beifall – da bin ich mir ganz sicher.

Verehrte Anwesende,

nahezu 50% der in Baden-Württemberg erzeugten Strommenge stammen bekanntlich aus Kernkraftwerken.

Der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung an der Grundlast liegt hier sogar noch höher, nämlich bei 80%.

Damit liegen beide Anteile wesentlich höher als im Bundesdurchschnitt, wo die Kernkraft 2007 einen Anteil von etwa 45% an der Grundlaststromerzeugung und rund 28% an der Stromerzeugung insgesamt hatte.

Für mich ist daher die Frage der künftigen Nutzung der Kernenergie aus mehreren Gründen von grundlegender Bedeutung:

Zum einen brauchen wir sie noch längere Zeit als Brücke hin zu der bislang noch nicht ausreichenden Nutzung der erneuerbaren Energien.

Zum zweiten ist – wie die Probleme bei der Stromversorgung während des Jahrhundertssummers im Jahr 2003 gezeigt haben – die Netzstabilität im Land von der Einspeisung einer ausreichenden Menge an sogenannter Blindleistung abhängig.

Die Blindleistung muss zumindest unter den derzeitigen Voraussetzungen in Baden-Württemberg vor allem durch Großkraftwerke, das heißt durch verbrauchsnahe errichtete Kernkraft – und Kohlekraftwerke bereitgestellt werden.

Drittens zwingen uns der globale Treibhauseffekt und die von der Bundesrepublik eingegangenen Verpflichtungen beim Klimaschutz dazu, bei der Stromerzeugung möglichst klimaverträgliche, weitgehend CO<sub>2</sub>-freie Brennstoffe einzusetzen.

Die Kernenergie muss deshalb auf absehbare Zeit ein zentraler Baustein bei der Stromerzeugung bleiben – und das gilt insbesondere für Baden-Württemberg.

Wir würden bei uns im Land wegen des höheren Anteils der Kernenergie an der Grundlaststromerzeugung besondere Probleme haben, rechtzeitig ausreichende Ersatzkapazitäten bereitzustellen.

Und das wäre vor allem auch deshalb schwierig, weil der Bau von Ersatzkraftwerken auf Kohlebasis in Süddeutschland wegen der hohen Transportkosten sowieso stark benachteiligt ist.

Meine Damen und Herren,

ich bin sicher, dass die neue Bundesregierung die Fehlentwicklungen der Vergangenheit so schnell wie möglich korrigieren wird.

Wir leisten jedenfalls unseren Beitrag dafür.

Im Übrigen hat der Landtag von Baden-Württemberg bereits im Jahr 2004 folgenden Beschluss gefasst (ich zitiere):

„Die derzeit absehbaren Restlaufzeiten für die bestehenden Kernkraftwerke sind mit dem Ziel einer sicheren und eigenständigen Energieversorgung des Landes nicht in Einklang zu bringen. Der Landtag spricht sich daher für eine Verlängerung der Laufzeiten aus, soweit dies von den Betreibern gewünscht wird und ein größtmögliches Sicherheitsniveau gewährleistet ist. Wird eine Laufzeitverlängerung erreicht, sind die dem Betreiberunternehmen daraus erwachsenden finanziellen Vorteile zur Hälfte gezielt in die Erforschung, die Markteinführung und die Weiterentwicklung emissionsarmer und erneuerbarer Erzeugungstechniken zu investieren“.

Selbstverständlich kann und will die Landesregierung nicht allein bei ihrer ablehnenden Haltung zum Atomausstieg stehen bleiben.

Unsere energiepolitischen Vorstellungen sind im Energiekonzept 2020 ausführlich dargestellt.

Unstrittig ist, dass mittel- und langfristig vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energieträger ein ganz wesentlicher Bestandteil der Energiepolitik des Landes sein muss.

Auch dabei habe ich durchaus nicht nur das Ziel des Klimaschutzes im Auge, sondern genauso die Wirtschaftlichkeit und die Sicherheit der Energieversorgung.

Angesichts schwindender fossiler Energiereserven und weiter steigender Preise für fossile Energieträger werden alternative Energieträger und Energiesparen auf Dauer auch wirtschaftlich alternativlos sein.

Darüber hinaus stellen ja erneuerbare Energieträger auch die einzige Energieform dar, über die Baden-Württemberg selbst verfügt.

Die Landesregierung hat sich daher ausdrücklich dem Ziel eines Ausbaus der Erneuerbaren Energieträger verschrieben - wir wollen ihren Anteil an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20% steigern.

Nur: Selbst wenn man bis zum Jahr 2020 40% des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern produzieren könnte, was meiner Meinung nach für Baden-Württemberg völlig unrealistisch ist, bleibt nach wie vor die Frage:

„Wo kommen die restlichen 60% her?“

Diese schlichte Frage haben uns die Bundesregierungen der vergangenen Jahre (seit 1998) nicht seriös beantworten können.

Untersuchungen, die vordergründig zu dem Ergebnis kommen, dass eine Stromversorgung nahezu ausschließlich auf erneuerbare Basis bereits bis zum Jahr 2020 möglich sei, sind auf den zweiten Blick keinesfalls belastbar!

Sie gehen meist von unrealistischen oder gar von falschen Voraussetzungen aus.

Und das halte ich für ausgesprochen gefährlich.

Sicher nicht hilfreich ist auch, wenn fast im Monatsrhythmus neue energiepolitische Forderungen und Ideen verkündet werden.

Meist wird dabei dann nur ein einzelner begrenzter Aspekt betrachtet - der Blick aufs Ganze fehlt regelmäßig.

Wir alle wissen ja, dass etwa Windkraftanlagen back up-Kraftwerke brauchen, da Wind eben nicht immer gleichmäßig weht.

Das wären dann in erster Linie Gaskraftwerke und damit sind wir bei dem Thema Versorgungssicherheit – Russland – Ukraine usw.

Energieversorgung und Energiepolitik sind aber, das wissen sie selbst am besten, langfristig angelegte Entscheidungsbereiche.

Die notwendigen Investitionen in Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen brauchen Planungssicherheit und eben auch eine Energiepolitik mit Augenmaß, eine Energiepolitik, die sich den Realitäten nicht verschließt.

Wenn man etwa das Ziel der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen wirklich effizient verfolgen möchte, dann darf man sich nicht auf sehr teure Technologien, etwa auf die Fotovoltaik, beschränken, nur weil das gerade „angesagt“ ist.

Man muss vielmehr die heute ohnehin knapper werdenden Finanzmittel dort einsetzen, wo sie den größten Erfolg versprechen.

Das wird in ganz erheblichem Umfang bei der Gebäudesanierung der Fall sein.

Kostengünstige und effiziente Alternativen bieten sich außerdem bei der Kraft-Wärme-Kopplung, bei der Optimierung fossiler Kraftwerke.

Solche Maßnahmen sind zwar nicht so „werbewirksam“ wie etwa neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie, aber man darf sich deshalb davon nicht abhalten lassen.

Meine Damen und Herren,

nachdem die Große Koalition auf Bundesebene nicht in der Lage war, uns schlüssige Antworten auf die Frage nach dem künftigen Energiemix zu geben, hatte das Land Baden-Württemberg als Vorreiter ein eigenes Energiekonzept vorgelegt.

Wir haben uns dabei bewusst bemüht, die Ziele für die Entwicklung unseres Energiemix realistisch zu formulieren.

Realistisch heißt dabei für das Jahr 2020 bei der Stromerzeugung:

50% Kernkraft,

30% fossile Energien und

20% erneuerbare Energieträger.

Wir haben das alles ausführlich mit wissenschaftlichen Instituten diskutiert und sind der Meinung, dass das Ziel von 20% erneuerbaren Energieträger für Baden-Württemberg schon recht ambitioniert ist.

Deshalb sage ich auch:

Auf absehbare Zeit werden die erneuerbaren Energien weder Kohle- und Gaskraftwerke noch die Kernenergie vollständig ersetzen können.

In Baden-Württemberg ist insofern auch weiterhin ein Energiemix erforderlich, der die Kernenergie einschließt.

Ziel der künftigen Bundesregierung muss es sein, ein Gesamtkonzept für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung in Deutschland zu entwickeln.

Und dabei wird die weitere Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie notwendiger Bestandteil sein.

Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke führen natürlich auch zu verbesserten Gewinnaussichten für die Kraftwerksbetreiber.

Das hat ja auch die Börse bereits nach der Bundestagswahl erkannt – die Aktien ☺ „einschlägiger Unternehmen“ sind umgehend gestiegen (*ist ja nicht verboten...*).

Unsere Vorstellung ist es aber, die zusätzlichen Gewinne in erheblichem Umfang in Form einer „Öko-Dividende“ abzuschöpfen.

Wie diese Dividende „reinvestiert“ werden kann, darüber wird gerade intensiv diskutiert – Sie können es der Tagespresse entnehmen.

Ich will hier jetzt nicht den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen bzw. des konkreten Ergebnisses, was die Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken anbelangt, vorgreifen.

Der Landtagsbeschluss, den ich vorher zitiert habe, hat jedenfalls für uns einen vernünftigen Weg vorgezeichnet.

Ich will zum Schluss noch auf einen anderen, ganz wichtigen Punkt kommen:

Die Lösung der Endlagerfrage.

Die Erkundung des Salzstocks in Gorleben auf seine Eignung als Endlagerstätte hochradioaktive Abfälle muss schnellstmöglich abgeschlossen werden!

Die rot-grüne Bundesregierung hat im Jahr 2000 durch ein Moratorium die Fortführung der Untersuchungen des Salzstocks auf seine Eignung hin gestoppt.

Dadurch wurde die Lösung der Endlagerproblematik um mindestens zehn Jahre verzögert!

Diese verantwortungslose Blockadepolitik kann und muss jetzt durchbrochen werden!

Ich bin mir sicher: Die Bürgerinnen und Bürger werden uns eine realistische und zugleich verantwortungsvolle Energiepolitik goutieren.

Ein vernünftiger Energiemix mit der Brückentechnologie Kernenergie, die Verbesserung der Energieeffizienz, ein weiterer Anstieg der Energieeinsparung und ein kluger Einsatz von Geldern in erneuerbare Energien – auch durch die Abschöpfung von Mehrerlösen durch eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken – dieses Maßnahmenbündel wird gute Ergebnisse für die Energiepolitik der Zukunft bringen.

Und zwar für eine Energiepolitik im Konsens und nicht für eine Energiepolitik im ideologisch geschürten Konflikt.

Den Weg für einen guten Konsens haben jedenfalls die Bürgerinnen und Bürger jedenfalls am 27. September vorgezeichnet und ihn sollten wir weiter beschreiten.

Ich danke Ihnen.

\*

**Hinweis:**

**Das Energiekonzept gibt es als pdf zum Herunterladen im Internet unter**

<http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php/180511>

\*